

wenn ein unschuldiger Unglücklicher die Wasserfolter erleidet, welche die Menschen aufbläht wie Blasen, die Kerzenfolter, welche die Fußsohlen und Achselhöhlen verbrennt, den Wippgalgen, welcher die Glieder zerbricht, das Zerreißen durch vier Pferde; jedesmal, wenn eine freie Seele auf dem Scheiterhaufen ihren letzten Atem aushaucht, soll er eines nach dem anderen diese Tode und Foltern erdulden. Er soll innerwerden, wieviel Böses ein Ungerechter, der über Millionen gebeut, tun kann. Möge er in den Gefängnissen verfaulen, auf den Schaffotten sterben, in der Verbannung, fern vom Vaterland, stöhnen; möge er geschimpft, verunglimpft, gestäubt werden. Er möge reich sein und der Fiskus von ihm zehren: der Angeber soll ihn verklagen und die Konfiskation soll ihn zugrunde richten. Du sollst ihn in einen Esel verwandeln, auf daß er sanftmütig, mißhandelt und schlecht genährt sei; in einen Armen, auf daß er um Almosen bitte und mit Schimpfsworten begrüßt werde; in einen Arbeiter, auf daß er zuviel arbeite und nicht genug esse. Wenn er alsdann an Leib und Seele genug gelitten hat, so sollst Du ihn zum Hunde machen, auf daß er gut sei und Prügel empfangen; zu einem Sklaven in Indien, der öffentlich versteigert wird; zu einem Soldaten, damit er sich für einen anderen schlage und sich töten lasse, ohne zu wissen warum. Und wenn er nach Verlauf von 300 Jahren alle Leiden, alles Elend erschöpft haben wird, sollst Du ihn zum freien Menschen machen. Wenn er in diesem Stande so gut wie Klas ist, sollst Du seinen Leichnam in einem Erdenwinkel, der am Mittag schattig ist und am Morgen von der Sonne beschienen wird, unter einem schönen Baume mit frischem Rasen bedecken und ihm die ewige Ruhe geben. Und teure Freunde werden kommen und auf seinem Grabe bittere Tränen vergießen und Beißchen säen, die Blumen der Erinnerung."

"Gnade, mein Sohn," sprach Maria, "er wußte nicht, was er tat, denn Macht verhärtet das Herz." "Hier ist keine Gnade", sagte Christus. "Ach", sprach seine Heilige Majestät, "wenn ich nur ein Glas andalusischen Weines hätte!" "Komm", sprach Satan, "die Zeit des Weines, der Fleischspeisen und Geflügel ist vorbei." Und in die tiefste Hölle schleppte er die Seele des armen Kaisers, der noch an seinen Anghovis kante. Satan ließ es aus Mitleid geschehen. Dann sah ich Mutter Maria Klas in den höchsten Himmel führen, dorthin, wo nichts war, denn Sterne, die in Trauben am Gewölbe befestigt sind. Und allda wusch ihn die Engel und er ward schön und jung. Alsdann gaben sie ihm Reisbrei mit silbernen Löffeln zu essen. Und der Himmel schloß sich. "Er ist in der Herrlichkeit", sagte die Wittib. "Klaus Ache brennt auf meinem Herzen", sprach Mienpiegel.

Zeugen und Rufer.
Man kann nie eine Revolution machen; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben. Eine Revolution machen wollen, ist eine Torheit unweiser Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben. Eben deshalb ist es ebenso unreif und ebenso kindisch, eine Revolution, die sich bereits einmal in den Eingeweiden einer Gesellschaft vollzogen hat, zurückdämmen und sich ihrer rechtlichen Anerkennung widersetzen oder einer solchen Gesellschaft oder einzelnen, die sich bei diesem Hebammiendienst beteiligen, den Vorwurf machen zu wollen, daß sie revolutionär seien. Ist die Revolution drin in der Gesellschaft, in ihren tatsächlichen Verhältnissen, so muß sie, da hilft nichts, auch herauskommen und in die Gesetzsammlung übergehen. Ferd. Lassalle (1863): Politische Aufsätze.

Wie hat, nie wird eine Versammlung den bestehenden Zustand umstürzen. Alles was eine Versammlung je getan und gekonnt hat, ist, den draußen bestehenden Zustand zu proklamieren, den draußen schon vollzogenen Umsturz der Gesellschaft sanktionieren und ihn in seine einzelnen Konsequenzen, Gesetze usw. auszuarbeiten. Aber

ewig wird eine solche Versammlung impotent sein, die Gesellschaft selber umzustürzen, die sie vertritt. Friedr. Engels (1849): Machtgrenzen des Parlamentarismus.

Es ist im Völkerleben der Rechtsboden ein schlechter Standpunkt. Das Gesetz ist nur der Ausdruck und geschriebene Wille der Gesellschaft, nie ihr Meister. Hat sich der gesellschaftliche Wille und Bedürfnis geändert, so gehört der Kodex in das Museum der Geschichte, an seine Stelle tritt das neue Abbild, das neue Konterfei der Gegenwart. Ferd. Lassalle (1863).

Die Lage der arbeitenden Klasse ist der tatsächliche Boden und Ausgangspunkt aller sozialen Bewegungen der Gegenwart, weil sie die höchste, unverhüllteste Spitze unserer bestehenden sozialen Misere ist. Friedr. Engels (1845): Lage der arbeitenden Klassen Englands.

Herbstlied eines Chinesen.
Wir sind nicht reif?
Das ist das Lied, das sie gelungen haben
Jahrhunderte lang uns armen Waisenkneben,
womit sie uns noch immer beschwichen,
des Volkes Hoffen immer vernichten,
den Sinn der Besiern immer bestören
und unsere Zukunft immer zerstören.

Wir sind nicht reif?
Reif sind wir immer, reif zum Glück auf Erden,
wir sollen glücklicher und besser werden.
Reif sind wir, unsre Leiden zu klagen,
reif sind wir, euch nicht mehr zu erragen,
reif, für die Freiheit Alles zu wagen.
Hoffmann von Fallersleben.

Bild der Freiheit.
Siehst du den Strom, der Bergeshöhe entquollen,
die dunklen Wogen majestätisch rollen?
Es steht bei dir, ob er auf seinem Pfad
dir gegenbringend, ob verderbend naht.

Grab ihm ein Bett, so wird er deine Auen
erquickeln, und zur Fruchtbarkeit betauen,
doch hienast du dich entgegen seinem Lauf,
so geht der Acker, samt der Frucht darauf. Hebbel.

Sprüche.
Ihr erblichen Leibeigenen! wißt ihr's nicht?
Wer frei sein will, der schlage selbst die Schlicht?
Byron.

Sei Leu! Wenn Narrenhände
dir in der Mühne kragen,
Dann mach dem Spiel ein Ende
und zeige deine Taten. Sallet.

Ja, die Mächtigen, die Beglückten,
ja, die Götter dieser Erden!
Ihnen muß der Unterdrückten
führend Blut geopfert werden.
Rein von Blut sind ihre Hände,
Das Gesetz verlangt die Spende! Chamisso.

Der Glaube ist zum Ruhen gut;
Doch bringt er nicht von der Stelle;
Der Zweifel in ehelicher Männerfaust,
Der sprengt dir die Pforten der Hölle. Storm.

Wisse deine Kraft zu achten,
Daß du magst nach Großem trachten.
Sallet.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 6

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition: **Bremen, den 10. Februar 1917**
:: Amunderstraße Nr. 23. :: Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellschein

Inhalt:

Wilson's pazifistische Botschaft	Seite 41
Die Spaltung der Partei und das Zentrum (Fortf.)	" 43
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. Von M. Bronski (4. Teil)	" 44
Kriegskurse	" 45
Aus unserm politischen Tagebuch	" 46
Feuilleton:	
Gerardo Segarelli	" 47
Zeugen und Rufer	" 48

Wilson's pazifistische Botschaft.

Zu Weihnachten wandte sich der Präsident der Vereinigten Staaten Amerikas an beide kriegsführenden Lager Europas mit der Aufforderung, ihm doch die Kriegsziele zu nennen, damit er sehen könne, ob man nicht den Tomahawk vergraben und die Friedensspieße anzünden könnte. Darüber vergossen die bürgerlichen Friedensfreunde, die Sozialpazifisten wie die Sozialpatrioten der Zentralmächte, denen es immer ungemütlicher in der Seele wird, viele Tränen der Freude und die Kabelgesellschaften verdienten ausgiebig an Begrüßungstelegrammen.

Die aber, an die sich Herr Wilson wandte, die Regierungen, huldigten seinem Edelmut und erfüllten seine Bitte, aber in etwas sonderbarer Weise: die Zentralmächte erklärten sich bereit zu Friedensverhandlungen mit der Entente, lehnten es aber ab, ihre Friedensbedingungen zu nennen; die Entente nannte ihre Friedensbedingungen in solchem Umfange, daß sie die Schwelle der Friedenskonferenz nicht mit ihnen passieren kann. Dann erklärten sie beide: wir wollen rüsten zum entscheidenden Kampfe. Herr Wilson warteten ein paar Tage ab und wandte sich an den Senat mit einer Botschaft, in der er ein positives Friedensprogramm entwickelte, ein Programm des dauernden Friedens. Und dieses Programm ist so, daß Herr Alfred Fried, der Papst der Friedenskirche, von seinem Thron niederstieg und sagte: Dir gebührt der Stuhl, Wilson, hier ist meine Tiara.

Liest man die Botschaft Wilsons durch, so muß man Herrn Fried recht geben. Zum ersten Male hat sich hier ein Oberhaupt eines großen kapitalistischen Staates festlos zu den Grundsätzen des Pazifismus bekannt. Wilson setzt sich ein für die Beschränkung der Rüstungen zu Land und zu See, für einen Staatenbund, der jedem seiner Mitglieder die Möglichkeit der Entwicklung gewährt, für die Beendigung des Krieges ohne den Sieg einer Mächtigkeitsgruppe über die andere, für die Freiheit der Meere, für die Freiheit der kleinen Völker, die nicht

mehr wie Hammel verschachert werden sollen. Herr Wilson sieht es als Beruf Amerikas an, der Menschheit zu einem solchen dauerhaften Frieden zu verhelfen. "Die Teilnahme an einem solchen Dienste wird die Gelegenheit sein, für welche unser Volk sich schon durch die Prinzipien und Zwecke seiner Politik und die bewährte Praxis seiner Regierung seit jeher vorzubereiten gesucht hat", erklärt Wilson.

Man muß sagen: der Mann hat Humor. Das Land, das Texas geraubt, Alaska gekauft, Kuba und die Philippinen „befreit“ hat, das jetzt, während des Krieges, die Antillen von Dänemark gekauft hat, als ob sie ein Sack Pfeffer wären, es ist „vorbereitet“ zu der Erklärung, „daß es nirgends ein Recht gibt, demzufolge die Völker von Machthaber zu Machthaber abgetreten werden können, als wenn sie deren Eigentum wären“. Ein Land, das den Panamakanal baute, um den Stillen Ozean beherrschen zu können, es ist sehr berufen zu erklären: „die Freiheit der Meere ist eine conditio sine qua non für den Frieden“. Das Land, das sich jetzt eine Flotte schafft, vor der es dem Meere beherrschenden England bange wird, das Land, das an die Schaffung eines großen Heeres geht, es ist in erster Linie berufen zu erklären: „der Geist der Ruhe und Sicherheit wird niemals unter den Völkern heimisch werden, wenn große schwerwiegende Rüstungen da und dort auch in Zukunft Platz greifen und fortgesetzt werden“.

Wie jeder Klumpen Gold, den die amerikanischen Milliardäre angesammelt haben, von Blut und Schweiß der maßlos ausgebeuteten Proletarier trieft, wie an jedem ein krimineller Betrug haftet — man lese doch das Werk Gustavus Myers — so trieft die ganze Friedensbotschaft Herrn Woodrow Wilsons von Heuchelei. Aber wäre sie auch nicht ein Wolkenkrager der Heuchelei, sondern wäre Herr Wilson der naive Professor aus dem Wolkenkuckucksheim, als den man ihn oft darstellt, sein Plan des dauernden Friedens bliebe dieselbe Utopie, wie alle Pläne der Pazifisten. Die kapitalistische Gesellschaft mindert nicht, sondern sie verschärft die Gegensätze zwischen der Bourgeoisie verschiedener Nationen. Der Weltkrieg schafft den Kapitalismus nicht ab, umgekehrt, er hat seine Entwicklungstendenzen: die Vernichtung des Mittelstandes, die Konzentration des Kapitals, seine Zusammenfassung unter der Leitung der Banken usw. beschleunigt. Der Krieg kann einzelne kapitalistische Mächte zertrümmern, sie als selbständige Faktoren aus der Weltpolitik ausschalten, aber den Kampf um die unentwickelten Länder, um die Neuaufteilung der Kolonien schafft er nicht ab.

Das bildet eben die Triebkraft des Wilsonschen Pazifismus. Er ist nichts anders, als die Rüstung der Vereinigten Staaten Amerikas zu den zukünftigen Weltkonflikten. Das ist zu beweisen.

Das zentrale Problem der Weltpolitik der Vereinigten Staaten ist das des Stillen Ozeans, des Pazifik. Der junge amerikanische Kapitalismus blickt schon seit hundert Jahren nach Westen über den Stillen Ozean. Im Osten liegt das alte Europa, an dessen Beherrschung das amerikanische Kapital bisher auch im Traume nicht denken konnte, und Afrika, das schon in den Klauen des europäischen Kapitals sich befindet. China als ungeheurer zukünftiger Absatzmarkt schwebte den Kapitalisten Nordamerikas schon in der Zeit vor Augen, wo ihr industrieller Wareneport sich erst in den allerersten Anfängen befand. Die Eroberung von Hawaii, der Philippinen, die Festsetzung in den Südseeinseln bedeutete für die Vereinigten Staaten nur die Erlangung von strategischen Punkten nach China.

Aber bevor die wirtschaftlichen wie militärischen Kräfte der Vereinigten Staaten ihnen erlaubten, in China imperialistische Politik zu treiben, begannen diese die europäischen Großmächte vorzubereiten. Der chinesisch-japanische Krieg zeigte die Schwäche Chinas als Staat, und führte zu der Besetzung Weiheiwais durch England, Kiautschou durch Deutschland, zum Kampfe Rußlands und Japans um Korea und die Mandchurei. In allen diesen Kämpfen traten die Vereinigten Staaten Nordamerikas für die Unversehrtheit Chinas ein. „Offene Tür“ war ihre Losung. Da sie China nicht erobern konnten, traten sie gegen die Zurückgelassung dieses so aussichtsreichen, entwicklungsfähigen Marktes ein. Im russisch-japanischen Kriege unterstützten sie vorerst materiell wie moralisch Japan, da ihnen das große Rußland gefährlicher für die chinesische Unabhängigkeit schien. Als Japan zu sehr siegte, sperrte ihm die New Yorker Börse jede materielle Hilfe ab, und half mit ihm die Kriegsschädigung seitens Rußlands zu hintertreiben, damit es nach dem Kriege nicht mit neuen Kräften seine Expansionspolitik weiterführe.

Im Jahre 1910 brachten die Vereinigten Staaten den Knoghschen Plan der Internationalisierung der Mandchureibahnen ein, aber sie wurden damit in Tokio und Petersburg abgeblitzt. Die Berichte ihrer Konsuln klagen von nun andauernd über die Verdrängung des amerikanischen Handels aus der Süd-Mandchurei und Mongolei durch unzulässige russische und japanische Machenschaften. Nun wird Japan durch diesen Weltkrieg sehr gestärkt: finanziell durch die Kriegsbestellungen Rußlands, militärisch durch das Weißbluten seiner Verbündeten wie seiner Feinde. Es hat mit Rußland im Juni 1916 einen Vertrag geschlossen, der ihm freie Hand in der weiteren Durchdringung und eventuelle Aufteilung Chinas gibt, wofür es Rußland den entsprechenden Anteil sichert. Natürlich schwören seine Vertreter in Washington Stein und Bein, daß die Unabhängigkeit Chinas bewahrt werden soll, aber die kapitalistischen Haifische in New York wissen, daß dies eine Flunkerei ist. Sie rüsten fieberhaft für den Fall, daß Japan Teile von China an sich reißen sollte. Die ungeheure Vergrößerung der Flotte, die Vorbereitung zur Bildung eines großen Heeres, sind alles Vorbereitungen für den Kampf gegen

Japan. Und diesem zukünftigen Kampfe dient auch die Einmischung in den Weltkrieg, die pazifistische Botschaft Wilsons.

Keine Sieger und keine Besiegten bedeutet für die nordamerikanische Regierung: wir dürfen keine Niederlage Englands zulassen, weil es als Verbündeter Japans seine Expansionsstendenzen dämmen kann, und falls dies nicht gelingt, gegen Japan kämpfen würde schon aus Angst vor der Einbeziehung Australiens und Indiens in die japanische Expansionspolitik. Dazu muß es stark bleiben. Aber wir dürfen auch nicht die Niederlage Deutschlands zulassen, weil nur ein starkes Deutschland Rußland an die Westgrenze kettet, ihm die Freiheit der Bewegung im fernen Osten nimmt. Dies Drängen nach Bildung eines Weltbundes, dessen „Grundprinzip die Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft an dem gemeinsamen Nutzen ist“, d. h. die „gededte“ Einteilung der imperialistischen Beute, bezweckt die Herbeiführung einer Verständigung zwischen europäischen imperialistischen Mächten, die sich solange Zugeständnisse machen und gemeinsam die Beute teilen sollen, wie der amerikanische Imperialismus ihrer Hilfe gegen Japan bedarf: entweder zur Hintertreibung seiner Expansionspläne an den Gestaden des Stillen Ozeans oder zur Erringung eines entsprechenden Anteils.

Der Pazifismus des biederen Wilson ist Pazifistik, nicht mehr und nicht weniger, wie der Pazifismus des Zaren im Jahre 1898 nichts anderes bezweckte, als die Verlangsamung der Rüstungen in Europa, damit Rußland in Ostasien rüsten konnte. Wilson spricht von Rüstungsbeschränkungen in Europa, aber gleichzeitig erklärt er: die Vereinigten Staaten müßten die Macht haben, um diesen dauernden Frieden zu sichern. Was das bedeutet, hat der alte Fuchs Clemenceau in seinem „Homme Enchaîné“ vom 25. Januar sehr gut herausgefunden: „Wissen Sie, was Sie das kosten kann, diese amerikanische Garantie?“ fragt er Wilson. „Eine Armee von zehn Millionen Menschen, um den Koalitionen der Gewalt begegnen zu können, eine entsprechende Kriegsflotte, dazu eine Transportflotte, die imstande ist, diese Armee trotz der Unterseeboote nach den afrikanischen Gegenden zu transportieren, ohne von den Festungen zu sprechen, die den Überraschungen begegnen müßten. Das bedeutet ein schönes Kriegsbudget, das eine Steuer-verschwendung erheischen würde, die man nicht ermessen kann. Wie denkt das amerikanische Volk darüber? Alle Völker der Erde im Frieden, unter Garantie Amerikas, das bereit ist, alle Sanktionen auszuüben, nur das amerikanische Volk nicht, das die Rolle des Welt-schutzmannes übernehmen muß. Wenn der Schutzmann auch Hiebe austeiht, so kriegt er auch manchmal welche ab. Auf welcher Seite wird er in die Schlachten eingreifen? Es wird vielleicht nicht immer einfach sein, darüber zu beschließen. Eines alleine scheint sicher: durch Ihr Friedensevangelium werden Sie nur den Weltkrieg vorbereiten.“

Würde Herr Wilson offen sprechen können, er würde Clemenceau auf die Schulter klopfen und sagen: Alter Knabe, Sie scheinen mich wirklich für den weltfremden Professor zu halten; glauben Sie denn, daß das amerikanische Kapital einem weltfremden Menschen seine Portemonnais anvertrauen würde? Daß mein Friedens-

evangelium die Vorbereitung ungeheurer Rüstungen in Amerika bedeutet und einen eventuellen Weltkrieg um China, weiß ich ebensogut wie Sie, aber man bereitet den Krieg um den Pazifik besser vor, wenn man vom Pazifismus spricht. Schauen Sie auf die Sozialpatrioten und Sozialpazifisten aller Länder, wie sie mir zujubeln. In der amerikanischen Sozialdemokratie haben sich Männer gefunden, die erklären, sie könne sich auflösen, weil ich schon den Weltfrieden besorge. Nun sagen Sie, lohnt es sich nicht, als weltfremder Friedensfreund zu gelten!“ Herr Wilson hat vollkommen Recht.

Die Spaltung der Partei und das Zentrum.

Der Gewaltstreik des Parteivorstandes, dessen Zweck es ist, von den Organisationen und ihren Organen für die Sozialpatrioten zu retten, was sich irgend retten läßt, nachdem die Politik des 4. August die Spaltung der Partei unumgänglich notwendig gemacht hat, hat die Führer der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (des Parteizentrums) vollkommen überumpelt. Wo liegt der letzte Grund der Spaltung? fragen wir sie. „Der Vorstand und seine Anhänger haben sich durchgemausert zu nationalsozialen Anschauungen und sind so zu einer Geselligkeit der Regierung und der imperialistischen bürgerlichen Parteien geworden. Wir (die Arbeitsgemeinschaft) blieben und bleiben auch während des Weltkrieges: Vorkämpfer für den Weltfrieden und die Befreiung des Proletariats“ — so lautet die Antwort, die der offizielle Aufruf der Arbeitsgemeinschaft, unterzeichnet von Haase, Ledebour, Dittmann und Vogtherr, und seitens Groß-Berlins von Adolf Hoffmann und Paul Hoffmann, am 20. Januar auf unsere Frage zu geben mußte. Die Arbeitsgemeinschaft erklärt also, daß es sich bei der Spaltung um einen grundsätzlichen Gegensatz der bürgerlichen und proletarischen Politik handelt. Und dieselbe Erklärung gibt das auf dem Boden des Parteizentrums stehende Hallesche „Volksblatt“, indem es die Sachlage folgendermaßen beleuchtet:

„Es handelt sich hier um das Ringen zweier Weltanschauungen zweier politischen Systeme. Es dreht sich auf der einen Seite um internationalen Sozialismus, um Klassenkampf, um Selbständighaltung der Arbeiterklasse, um Befreiung des Proletariats durch Eroberung der politischen Macht — und auf der andern Seite um eine reine Reformpolitik auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, um Anerkennung und Bewilligung der „Staatsnotwendigkeiten“, um Anlehnung an die Regierung des bestehenden Regiments, um Teilnahme an den sozialen Fragen“, um „Durchhalten“ und „Nicht-ausschalten-lassen“, kurz um etwas anderes, als was wir alle — einschließlich der Gegner der Sozialdemokratie — bisher als Sozialismus und als sozialistische Taktik verstanden.

Ist man der Meinung, daß zwischen der Politik des 4. August und der des Zentrums derselbe Abgrund gähnt, wie zwischen bürgerlicher und proletarischer Politik, so muß man grundsätzlich für die Spaltung sein; man kann sie aus taktischen Gründen hinauschieben wollen, um einstweilen auf dem Boden der alten Organisationen Anhänger zu werben, aber man muß offen sagen: ein Frieden mit den Scheidemännern ist unmöglich; wir arbeiten für die Spaltung. Und hat der Gegner die Spaltung durchgeführt, um den Klassenkämpfern keine Zeit zu lassen, ihm Waffen zu entwenden, dann bleibt

nur eins: eine eigene proletarische Kampfpartei zu gründen ganz gleich, ob die Verhältnisse günstig sind oder nicht. Warum will das die Arbeitsgemeinschaft nicht tun?

Nun, derselbe Abg. Dittmann, der am 20. Januar erst den Aufruf unterzeichnete, in dem es heißt, der Vorstand vertrete eine nationalsoziale, d. h. bürgerliche Politik, während die Zentrumsleute die proletarische Politik vertreten, veröffentlicht am 22. Januar in seinem Organ, der „Bergischen Arbeiterstimme“, einen Artikel „Um die Zukunft der Partei“, in dem er erklärt, daß in der Mehrheit selbst zwei Flügel kämpfen: die Sozialpatrioten unter der Führung Scheidemanns, die den Frieden auf Grund des Status quo wollen, und die Sozialimperialisten unter der Führung von Lensch, Schippel usw., die den Krieg bis zur Niederringung Englands wollen. Dann schreibt Dittmann: „Daß der tatsächliche Gegensatz in der Frage des Krieges zwischen diesem Mehrheitsflügel und dem Flügel, der das Ende des Krieges unter Zugrundelegung des Zustandes vor dem Kriege will, größer ist als der Gegensatz zwischen der Mitte und dem letztgenannten Flügel, liegt auf der Hand.“ Einer der Führer des Zentrums erklärt also offen, den Scheidemännern seien doch die Haases näher als die Lensch; wozu also die Spaltung? Und Dittmann wendet sich offen gegen die Spaltung:

„Eine organisatorische Trennung wird aber auch die beiden Richtungen (die Männer des 4. August wie die Linksradikalen) der Partei selbst verwirren. Rechts wird rückgratloser sein ohne Links, und Links wird manches tun, was mit Rechts anders getan worden wäre. Im Bruderkampf werden sich eine Reihe brauchbarer Männer und Frauen zermürben, und nach Jahren werden wir doch einen Vergleich schließen müssen, den das Proletariat bezahlt hat. Den Schaden wird das Proletariat als Ganzes auf jeden Fall haben, wenn der unverantwortliche Beschluß des Parteiaussschusses zur Tat wird. Der Krieg geht seinem Ende zu. Die Hauptursache des schweren Konflikts fällt damit weg, und neue gewaltige Aufgaben treten an das Proletariat heran, die bald ganz neue Gruppierungen in der Partei bringen werden.“

Der grundsätzliche Gegensatz verwandelt sich hier in einen vorübergehenden und zufälligen: nach dem Kriege werden die Scheidemänner wieder gute Sozialdemokraten werden.

Die Meinung Dittmanns ist die wirkliche Meinung der Zentrumsleute, die offiziell in ihrem Aufruf geäußert ist nichts als Theaterdonner. Denn würde es umgekehrt sein, sie würden den ihnen zugeworfenen Fehdehandschuh sofort aufnehmen. Statt dessen erklären sie ausweichend: „Wie die oppositionell gerichteten Parteiorganisationen später ihre Rechte zu wahren und die Vertretung unserer Anschauungen im öffentlichen Leben sicherzustellen haben, muß künftigen Entschlieungen vorbehalten werden?“ Das bedeutet, daß die Führer des Zentrums im Moment der entscheidenden Attacke selbst nicht wissen, in welchen Positionen sie dem Gegner Widerstand zu leisten denken, geschweige denn, daß sie zum Angriff überzugehen bereit wären.

Dieses Schweigen verhüllt jedoch nur die Tatsache, daß im Lager des Zentrums über das: Was weiter? ein völliges Lohwabohu herrscht. Heinrich Ströbel, der dank seinem Kämpfertemperament den linken Flügel des Zentrums bildet, schreibt in der „Sozialistischen Auslands-korrespondenz“:

„Die Mehrheit hat die reinliche Scheidung gewollt. Pflicht der Minderheit ist es nun, sie ihrerseits mit aller Konsequenz und äußerster Energie durchzuführen. Die Scheidung von dem rückwärts-

losen Instanzenklügel und seiner Politik der Grundlosigkeit und der Verleugnung aller demokratischen und sozialistischen Pflichten — nicht die Scheidung von der Partei. Denn die Partei ist dort, wo das sozialdemokratische Programm und die nationalen und internationalen Kongreßbeschlüsse noch in Geltung stehen."

Aber dafür ist der rechte Flügel des Zentrums nicht zu haben. Eduard Bernstein sucht in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 25. Januar die Arbeitsgemeinschaft zu überzeugen, sie müsse so tun, als ob sie gar nicht hinausgeworfen wäre: „Gegen dieses Verfahren . . . gibt es auf Seiten der Bedrohten nur zweierlei: entweder sie treten mit Protest aus der Partei aus und organisieren die Propaganda für eine Gegenpartei, oder sie führen den Widerstand wider die Gewaltpolitik des Parteivorstandes als einen Kampf ums Recht ausschließlich mit den Mitteln des Rechts, d. h. hier des Parteirechts“. Was bedeutet das konkret? „Sede Maßnahme, jeder Beschluß von oppositionellen Mitgliedschaften, die als Vorstoß gegen das formelle Recht der Partei ausgelegt werden können, werden als Mittel benutzt werden, die Mitgliedschaft für außerhalb des Parteirechts zu erklären“ — warnt Bernstein mit erhobenem Finger. Er merkt nicht, daß er schon samt Haase, Herzfeld, Dittmann samt allen andern tüchtigen Kennern des Parteistatus hinausbugliert wurde, obgleich sie alle dieses Statut wie die Orthodoxen die zehn Gebote zu wahren suchten.

Jetzt, wo man längst draußen ist, noch das Statut in den Händen zu halten und zu erklären: hier habe ich einen Talisman; nichts kann mir passieren! ist ein grotesk-komisches Unterfangen; es sei denn, daß die Zentrumsorganisationen ruhig zusehen wollen, wie ihre Anhänger aus den Organisationen, wo sie in der Minderheit sind, hinausgeworfen werden, und daß sie ferner ruhig zusehen wollen, wenn die Zentrumsleute, wo sie die Mehrheit der Organisationen bilden, die Beschlüsse vom 7. Januar verleugnen. Das wäre politischer Selbstmord. Und so werden die Zentrumsleute, ob sie wollen oder nicht, genötigt sein, eine eigene Partei zu gründen. Nur werden sie es tun nach langem Zaudern, demoralisiert durch das eigene Schwanken.

Der Grund dieses Schwankens und Wankens liegt darin, daß zur Gründung einer eigenen Partei eigene politische Ideen, ein Programm nötig sind. Das haben sie nicht: der Mischmasch, der sich Zentrumsideologie nennt, ist ein sozialpatriotisch-sozialpazifisches Simmelsammelfurium, das zerfällt, sobald man es positiv zusammenfassen will. Die Partei, die auf dieses Programm hin geschaffen würde, wird zerrieben zwischen Sozialpatrioten und Linksradikalen. Das erklärt das Lohwabohu im Zentrum und sein ganzes Geweimer: warum habt ihr uns ausgeschlossen!

Wollen die Linksradikalen nicht das Zaudern und Schwanken der Zentrumsleute mitmachen, dann müssen sie daran gehen, jetzt, trotz aller äußeren Ungunst der Verhältnisse, die Konstituierung der eigenen Partei in die Hand zu nehmen. Darüber im nächsten Artikel.

Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski.

4. Polens Kriegsziele.

1.

Beim Kriegsbeginn war die ahnungslose bürgerliche Welt von der Haltung der politischen Vertretungen Polens in den drei Teilungsstaaten überrascht: man solidarisierte sich mit jedem der Teilungsstaaten und zwar im Namen der ganzen polnischen Nation. „Zur Verteidigung der Freiheit seiner Länder sendet Oesterreich-Ungarn eine mächtige Armee nach Polen gegen den russischen Unterdrücker“, lautet das Manifest des Obersten Polnischen National-Komitees in Krakau vom 16. August 1916. „... Der edle Herrscher dieses Reiches“ — sagt das Manifest weiter — „unter dessen gerechter und weiser Regierung es einem Teile unserer Nation vergönnt war, ein halbes Jahrhundert lang die polnische nationale Kraft zu entwickeln und zu mehren, die ganze mächtige Armee dieses Herrschers, die zur Verteidigung der höchsten kulturellen Ideale in den Krieg zieht, sie schauen auf das polnische Volk als auf den bewährten Verteidiger dieser Ideale, daß es heute die Möglichkeit erlangt, eine den Körper fesselnde und die Seele vergiftende Knechtschaft abzuschütteln.“

Entsprechend lautete die Solidaritätserklärung der polnischen Vertreter in der russischen Duma und im Reichsrat. „Die Polen haben immer ihre staatsbürgerlichen Pflichten tadellos erfüllt. Sie werden sie auch im jetzigen Moment erfüllen. Die Polen werden nicht nur durch das Pflichtbewußtsein geführt, sie werden gehen, um den preußischen „Drang nach Osten“ zurückzubämmen. Ihr Blut wird für eine gerechte Sache fließen. . . .“ „Ich will glauben“ — saate weiter der offizielle Sprecher der polnischen Fraktion im Reichsrat am 8. August 1914 — „daß es vergossen wird auch zur Abtragung der jahrhundertelangen Mißverständnisse und für die endgültige Begründung des russisch-polnischen Einvernehmens.“

Wir wissen auch, daß die preußischen Polen ihre Staatspflicht gegenüber dem deutschen Staate politisch erfüllt haben, wenn sie auch keine Gelegenheit hatten, ihre Freude bei der Erfüllung dieser Staatspflicht so hoch klingen lassen, wie die oesterreichischen Polen es in überschwänglicher Weise taten.

Diese Uneinigkeit der polnischen Nation in bezug auf die Kriegshoffnungen und Kriegsziele hat in der bürgerlichen Welt auf beiden Seiten des Schützengrabens große Verwunderung ausgelöst. Die primitive historische Auffassung glaubte in diesem Weltkriege die „glückliche“ Situation für Polen kommen zu sehen, um es von der hundertjährigen Unterdrückung befreien zu können. Der literarische Prototyp dieser Auffassung ist der Vater Kobak aus der Dichtung des Adam Mickiewicz: „Ban Taddeus“, der die Hoffnung der Wiederherstellung Polens auf „allgemeine Schlägerei“ setzte: „... wenn die gesamte Schurkerei dahinfällt, so wird das Glück und die Republik aufblühen“, so hoffte der patriotische Konspirator in Polen am Anfang des 19. Jahrhunderts. Nun ist zwar die „allgemeine Schlägerei“ da, die Weltkatastrophe, von der auch Mickiewicz geträumt hat, von der „Republik“ aber ist keine Rede.

Diese Uneinigkeit in bezug auf die Lösung der polnischen Frage ist nichts anderes, als ein Beweis dafür, daß der historische Inhalt der polnischen Frage eine Wandlung durchgemacht hat, und heute, in der Epoche des Imperialismus, ein vollständig anderer geworden ist als er früher war, was auch praktisch in diesem imperialistischen Weltkriege kraft zum Ausdruck gekommen ist.

Die kapitalistische Entwicklung in allen Teilen Polens hat dazu geführt, daß die polnische Frage in allen diesen Teilen in der Erzwingung solcher wirtschafts-politischer Formen bestand, bei denen die kapitalistische Entwicklung am besten gedeihen könnte. In diesem Sinne fand eine politische Anspannung der polnischen besitzenden Klassen an die entsprechende Bourgeoisie des betreffenden Teilungsstaates statt.

Wenn auch zwischen der Regierung der herrschenden Nation und den Polen in den national-kulturellen Fragen keine Harmonie bestand, so war dies ein Kampf, der keineswegs die Solidarität der politischen und wirtschaftlichen Interessen in Frage stellen konnte. Für die polnischen herrschenden Klassen war der Kampf um nationale und kulturelle Forderungen ein Kampf um die Erweiterung der Basis ihrer Zusammenarbeit im Rahmen des Staates. Es war nicht ein Kampf gegen den Staat, sondern im Gegenteil ein Kampf um größeren Einfluß im Staate. Wie überhaupt die nationale Frage für die herrschende Klasse der unterdrückten Nation darin liegt, wie sie sich die Ausbeutung „ihrer“ Arbeiter und Bauern sichern soll, um sie dem „fremden“ Kapital nicht ausliefern zu brauchen.

Durch diese nationalen Kämpfe im Rahmen eines Staates war die ahnungslose Welt von der Umwandlung der polnischen Frage hinter Licht geführt, obwohl die politische Tätigkeit der bürgerlichen Parteien keinen Zweifel darüber bestehen ließ, daß sie die Bedeutung eines großen und starken Staates, sei es Deutschland, Oesterreich-Ungarn oder gar das zarische Rußland, für die polnische Bourgeoisie zu würdigen verstand. Der galizische Landtag klebte diese Erkenntnis in eine vom Jahre 1866 datierte Adresse an Franz Joseph, die den berühmten Programmsatz erhielt: „Bei Dir, Allerhöchster Herr, stehen wir und wollen wir stehen.“

Kriegskurse.

Als der Krieg ausbrach, schloß die Börse ihre Pforten. Eine schöne Geste: Wenn Mars das Regiment antritt, muß sich Merkur, der Gott der Händler und Gauner, aufs Altenteil zurückziehen; wenn das bedrohte Vaterland Opfer über Opfer fordert, haben nur die Ideale Daseinsberechtigung und der Eigennutz verkriecht sich; wo der Lorbeer winkt, wird die wilde Jagd nach dem gleißenden, schmutzigen Golde eingestellt. Eine schöne Geste, aber kitschig, schwindelhaft! Die Börse war geschlossen, das Feilschen und Brachern halte nicht mehr auf den offenen Markt hinaus, aber der Geist Banquos spukt doch seitdem in allen Ecken und bei aller opernhafte Verachtung für das Krämervolk heißt es auch im Deutschen Reich: Business as always. Geschäft wie immer! Niedriger, schmieriger und profitabler denn je. Während draußen der Höllenlärm der Schlachten tobt

und der Tod weitausholend in scharfem Schnitte das junge Leben mäht, raft im Lande der Tanz um das goldene Kalb verrückter denn je. Die Spekulanten leben den fröhlichsten Tag und das blanke Gold sammelt sich aus Millionen Adern in den großen Becken.

Die Börse ward geschlossen, nicht weil man annehmen konnte, daß während des Krieges das Börsenspiel eingestellt wurde. Wo jeder Tag neue Sensationen bringt, wo das wirtschaftliche Leben vollkommen umgekrempelt wird, wo die Transaktionen in die Milliarden gehen, ist gerade die günstigste Gelegenheit dafür gegeben. Wo ein kritischer Tag dem andern folgt, muß der Kampf zwischen Hausfißers und Baiffiers lustiger denn je entbrennen.

Namentlich zu Beginn des Krieges führten die sich überstürzenden Ereignisse und die Unklarheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kriegszeit, später die Wendungen im Kriegsverlauf, die behördlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben u. a. m. zu kritischen Situationen auf dem Geldmarkte. Dabei fehlte es am nötigen Barometer, den amtlichen Börsenkursen, die seit August 1914 nicht mehr bekanntgegeben werden. Die Maßregel sollte neben den politischen Zwecken, denen sie diente, Paniken entgegenwirken. Sie führte im Verlaufe der Zeit aber zu einem besorgniserregenden Zustande der Spekulation, der die klare Orientierung und die öffentliche Kontrolle fehlte und die sich deshalb blind den augenblicklichen Eindrücken und dem Rausche der Kriegsgewinne hingab. Es kam so weit, daß die Börsenblätter wochenlang Vernunft predigen und vor dem unausblühlichen Katzenjammer warnen mußten. Zur öffentlichen Kursnotierung hat man sich aber dennoch nicht entschließen können.

Dagegen wurden von der Regierung zweimal während des Krieges Kurszettel herausgegeben und zwar für den 16. November 1915 und in den ersten Tagen des Januar für den 31. Dezember 1916. Diesmal sollen sie den Zwecken der Steuereinschätzung dienen.

Man darf sich sagen, daß diese Kurse nicht der reine Niederschlag der Börsenlage am Ende des Jahres sind, sondern daß allerlei Tendenzen auf ihre Festsetzung eingewirkt haben. Ob politische Zwecke einwirkten, läßt sich kaum sagen. Offenbar aber ist, daß bei den hochwertigen Industripapieren zur Hintanhaltung der Spekulation gebremst worden ist.

Ein Blick auf den Kurszettel zeigt zunächst die starke Wirkung der Kriegsanleihen. Sie wirken allein schon durch ihre Milliardenzahlen, die das Schwergewicht der Börsenwerte stark zugunsten der festverzinslichen Papiere verändert. Dann aber sind diese Anleihen zu dem abnormen Zinsfuß von 5 Prozent begeben worden. Das hat die alten Anleihen erheblich entwertet. So fiel die 3 Prozent Reichsanleihe von 74,70 vor dem Kriege auf 70 am 16. November 1915 und weiter auf 66 am 31. Dezember 1916. Den Staats- und Stadtanleihen erging es ähnlich. Preußische Konsols zu 4 Prozent sind auf 87 herabgesunken, Bremer Anleihe zu 3½ Prozent steht auf 73, zu 3 Prozent gar nur auf 65 Prozent. Den anderen kriegführenden Ländern ist es natürlich ähnlich gegangen, so Oesterreich-Ungarn. Bei Bulgarien und der Türkei sind die Kursrückgänge verhältnismäßig gering. Von den französischen Wertpapieren verzeichnet der Kurszettel nur die 3prozentige Rente, die ähnlich den deutschen Wertpapieren auf 65 Prozent festgesetzt ist. Englische

sind nicht verzeichnet. Auch die Kapitalisten, die durch ihr Geld die russische Revolution niederschlagen halfen, haben schwer zu büßen. Sie erleiden Kursrückgänge von etwa 20 Prozent gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Das ist die Nemesis. Traurig stehen Serben und Portugiesen auf 49 und 48 Prozent, ein bedeutsamer Wink, wie die Börsenkreise das Schicksal dieser kleinen Kriegsführenden einschätzen. Von den am Kriege beteiligten Mächten hat allein Japan seine Papiere verbessern können, um mehr als 10 Prozent. Es hat an den Kriegslieferungen so viel verdient, daß es einen großen Posten seiner Anleihen abstoßen konnte. Die Neutralen haben während der Kriegszeit auch aus dem Zustrom des Goldes für Lieferungen aller Art Nutzen gezogen. Dazu kommt, daß das deutsche Geld im Auslande ungemain an Wert verloren hat. So stehen selbst die Staatspapiere der Länder, die mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wie etwa die Schweiz, um 25 bis 30 Prozent über dem Nennwert.

Ein viel lebendigeres Bild zeigen die Industriepapiere. In ihnen spiegelt sich die Kriegskonjunktur. Wie sind sie emporgesprungen, die gesuchten Spekulationspapierchen der Kriegszeit! Nur ein paar Beispiele dafür: Daimler von 365 auf 630, Lanz von 295 auf 410, Rheinische Metallwaren von 95 auf 410, Adler und Oppenheimer von 117 auf 290, Chemnitzer Werkzeugmaschinen von 52 auf 200, Aluminium-Industrie von 97 auf 280. Stark gestiegen sind die Kohlenaktien, namentlich die der Braunkohlenwerke, die im Tagebau ihre Ausbeute schnell steigern konnten. Bezeichnend für die kapitalistische Wirtschaftsordnung sind die Kurssteigerungen bei vielen Werken derjenigen Industrien, in denen besonderer Rohstoffmangel herrscht. Dort war es möglich, die billig angekauften Lager mit märchenhaftem Gewinn abzusetzen, so in der Textilindustrie, in der Lederbranche, in der Mülerei. Glänzend stehen die Aktien der Zucker-, der Brau-, der Papierindustrie trotz oder vielmehr wegen der traurigen Erfahrungen, die die Konsumenten auf diesen Gebieten des Marktes machen müssen. Natürlich haben einzelne Industrien unter dem Kriege auch schwer gelitten, z. B. alles was mit dem Baugewerbe zusammenhängt, Bau-, Terraingesellschaften usw. Ziemlich stabil geblieben, im Durchschnitt mit willkommener Steigerung, sind die Bankaktien. Ihnen muß ja jede Konjunktur zum Besten dienen und gar die Kriegsindustrie, die die gewaltigen Geschäfte mit den Staatskrediten brachte.

Ohne weiteres sind die Kurse der verschiedenen Aktien nicht zu vergleichen. Die innere Festigkeit der Werke und manches anderes spielt dabei eine Rolle. Selbst die Gestaltung des Geschäfts in der Kriegszeit läßt sich aus der Kursentwicklung noch nicht absehen. Gerade dort, wo die riesigsten Verluste gemacht wurden, haben die Gesellschaften zu allerhand Vertuschungsmaßregeln gegriffen. So ist die Kapitalverwässerung in der Kriegszeit im großen Stil betrieben worden. Durch Neuausgabe von Aktien zu lächerlich niedrigem Kurse wurde den Aktionären Ertragewinn in den Schoß geschüttet. Von einer ganzen Anzahl von Gesellschaften wurden aufgesammelte Gewinne neben den eigentlichen Dividenden zu 100 und mehr Prozent des Aktienkapitals

als Bonus auf einmal ausgeschüttet und was dergleichen Scherze mehr sind.

Schließlich wirkte eben wieder die starke Belastung des Geldmarktes mit hochverzinslichen Staatspapieren stark auf die Kurshöhe der Aktien ein. Zinsfuß und Kursstand der festverzinslichen Papiere stellen für den Kapitalisten die normale Bewertung eines sicher angelegten Kapitals dar. Hypotheken und andere mündelsichere Kapitalanlagen richten sich in ihrer Bewertung danach und ebenso die börsenmäßige Bewertung anderer Papiere. Wenn Staatsanleihen zu 4 Prozent ungefähr zu ihrem Nennwert zu Kurs stehen, so ist 4 Prozent auch der Satz für die sicher festgelegten Kapitalien. Unsichere Kapitalien, deren Bewertung von den Konjunktoren usw. abhängt, werden deshalb bei 4 Prozent Dividende unter dem Kurse von 100 stehen, und bei sonst günstigen Verhältnissen wird eine Verzinsung von etwa 5 Prozent als normal angesehen werden. Das entsprach ungefähr den Verhältnissen vor dem Kriege. Wie nun durch die Kriegsanleihen alle früheren Anleihen entwertet worden sind, so werden Industrieaktien, die nur 5 Prozent Dividende abwerfen, nicht mehr als vollwertig angesehen. Tatsächlich zeigt sich, daß jetzt durchschnittlich erst bei 7 und 8 Prozent Dividende der Kurs von 100 erreicht wird. Das bedeutet zugleich eine Erschwerung der Kapitalbeschaffung für die Industrie.

Für die Zukunft lassen sich aus diesen Tatsachen allerlei Schlüsse ziehen. Zunächst wird die höhere Verzinsung der Staatspapiere eine starke Erhöhung der Hypothekenzinsen nach sich ziehen, die während des Krieges durch Gesetz verhindert ist. Die Beschaffung zweiter und dritter Hypotheken wird später noch viel schwieriger werden, als sie vor dem Kriege schon war. Nehmen wir aber nur an, daß der Zinsfuß für Hypotheken nur um 1 Prozent steigen wird, so wird das allein schon die Wohnungen um 20 bis 25 Prozent verteuern. Außerdem wird die Bautätigkeit stark eingeschränkt werden.

Dann aber wird die Verzinsung der Milliardenanleihen in allen Staaten außerordentliche Schwierigkeiten machen, die heute schon den Finanzleuten heftige Kopfschmerzen verursachen. Außerdem ist nach dem Frieden sicher mit Staatsbankrotts in den am stärksten geschwächten kriegsführenden Staaten zu rechnen, in diesen oder jenen je nach dem Ausgang des großen Kampfes. Und außerdem wird der Uebergang in die Friedenswirtschaft eine ungeheure Anspannung des Geldmarktes bringen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

6. Februar.

Die Spaltung der Sozialdemokratie schreitet fort. Die Groß-Berliner Organisation hat sich, wie der „Vorwärts“ berichtet, zu der Konferenz der Opposition bekannt und der Parteivorstand der Sozialpatrioten hat unverzüglich wahr gemacht, was er angekündigt: er hat die größte Organisation als außerhalb der Partei stehend erklärt. Damit ist die Spaltung in Groß-Berlin vollzogen. Die sozialpatriotische Gegenorganisation ist bereits gegründet worden. Die Zentrumsleute werden einen nicht geringen Schrecken bekommen haben, als sie das Urteil der Scheidemannern vernahmen, trat doch nunmehr ein, was sie selbst verhindern wollten, indem sie von der Beitragsperre abrieten. Wird nun der Abg. Dittmann in seinem Agitationsbezirk von der Zustimmung zur Konferenz der Arbeitsgemeinschaft abraten, da er doch für sich und die Seinen dasselbe Schicksal befürchten muß, das die oppositionellen Organisationen

die sich hinter die Konferenz stellten, bereits ereignete? Wird er jetzt endlich begreifen, was die Bremer Linksradikalen wollten, als sie die Beitragsperre durchführten? Oder wird dieses Organisationsgenie immer noch von der Einheit der Sozialdemokratie träumen, derweil seine Fraktionskollegen einer nach dem andern par ordre du maître aus der Partei hinausfliegen?

Uebrigens heißt es, daß die Groß-Berliner Organisation sich zur Arbeitsgemeinschaft bekannt habe. Sollte das richtig sein, so wird es die Aufgabe der Berliner Linksradikalen sein, unverzüglich den Kampf gegen die Zentrumsleute aufzunehmen, um von der oppositionellen Arbeiterkraft Groß-Berlins für sich zu gewinnen, was sich irgend gewinnen läßt. Die Arbeitsgemeinschaftler und mit ihnen im Bunde das gesamte Zentrum der Partei zur Ohnmacht zu verurteilen ist jetzt die wichtigste Aufgabe der Linksradikalen.

In der sozialpatriotischen Presse erscheint ein Artikel über den Konflikt mit Amerika, in welchem es heißt: „Kann aber in dem großen Kampfe um Deutschlands Existenz von dem verschärften U-Bootkriege nicht abgegangen werden, und ist deshalb ein kriegerischer Zusammenstoß mit Amerika nicht abzuwenden, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als die uns noch bevorstehende, noch schwerere Zeit mit zusammengepreßten Zähnen auf uns zu nehmen und die grausige Kriegszeit bis zum bittersten Ende auskosten.“ Das ist sozialpatriotische Konsequenz. Was wird nun aber die Arbeitsgemeinschaft tun, nachdem die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgebrochen wurden? Wird sie sich darauf besinnen, daß die Kriegslage Deutschlands dadurch eine Verschlechterung erfahren hat und demgemäß bei der nächsten besten Gelegenheit die Kredite bewilligen? D. h. wird sie sich auf einige Konsequenz besinnen? Oder wird sie ihren noch vor kurzem so hell bejubelten Friedensapostel Wilson gegenüber der deutschen Regierung in Schutz nehmen? Oder wird ihr einleuchten, daß Wilsons Friedensgerede nur der Kriegsrüstung diene? Wer weiß, was sie tun wird? Sie weiß es sicher selbst noch nicht.

7. Februar.

In der letzten Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft, die aber im Reichstag nicht mehr zur Verlesung kam und daher den Weg in die Öffentlichkeit durch die Spalten der Parteizentrumspresse suchen mußte, heißt es, daß die Arbeitsgemeinschaft von jeder den Frieden angeht und jedes Friedensangebot, jede Friedensvermittlung begrüßt habe, ganz gleich, von welcher Seite sie auch gekommen sei. Die Arbeitsgemeinschaft glaubt also allen Ernstes, daß irgendeine imperialistische Regierung der Welt den Frieden bringen könnte! Sie glaubt allen Ernstes, daß ein Wilson der Sachverwalter der Interessen der amerikanischen Hochfinanz, der internationalen Arbeiterklasse die Segnungen des Friedens beschaffen könnte! Sie sagt damit den Arbeitern: Nur nicht aufgemerkt! Der Imperialismus ist garnicht so schlimm, wie ihr glaubt. Unter seinen Fittichen ist noch Raum genug für ein friedliches Dasein; wenn nur erst der rechte Mann kommt, der euch diesen Platz bereitet. Ihr braucht also den Kampf gegen den Imperialismus garnicht unter Aufgebot aller eurer Macht zu führen. Herr Wilson oder sonst wer wird schon für euch sorgen. Unverbesserlicher Utopismus! Und wie aller Utopismus stockreaktionär!

Die Welt vernimmt die erschütternde Kunde, daß der Führer des bremischen Parteizentrums, der Abg. Henke, aus den Redaktionen der „Bremer Bürger-Zeitung“ hinausgeflogen ist. Ueber das Wie und Warum herrscht einstellweilen noch ziemliches Dunkel. Es wird aber mit einiger Bestimmtheit behauptet, daß nicht Henke, sondern sein sozialpatriotischer Chef Donath die Initiative ergriffen hat. Henke hat also nach wie vor den Kampf gegen die Sozialpatrioten in Bremen vermieden. Jetzt hat er den Fußtritt weg, den er verdient hat. Erst fällt er den Bremer Linksradikalen in den Arm, als sie die bremischen Arbeiter über den bürgerlichen Klassencharakter des Sozialpatriotismus aufklärten. Dann fiel er ihnen in den Rücken, als sie die bremischen Arbeiter auf die Notwendigkeit der Spaltung hinwiesen und sie auf diesen unvermeidlichen Zeitpunkt vorbereiteten. Dann unterband er in der „Bremer Bürger-Zeitung“ die Polemik der Linksradikalen gegen die Halbheiten des Parteizentrums und der Arbeitsgemeinschaft. Und schließlich half er durch positive Mitarbeit unter der Leitung des sozialpatriotischen Chefs seine Anhänger an die „Bremer Bürger-Zeitung“, in der die Ebert, Stampfer, Braun und Rhein das Wort führten, ketten. Nachdem er so den Sozialpatrioten reichlich Rechtsdienste geleistet, bekam er seinen wohlverdienten Lohn. Sein Verhalten ist typisch für die Art, in der das Parteizentrum die Geschäfte der Sozialpatrioten und damit der bürgerlichen Klasse beforgt, und darum mag es in unserm Tagebuch Erwähnung finden.

Feuilleton

Gerardo Segarelli.

Um die sechziger Jahre des 13. Jahrhunderts begann die Zahl der Apostel zu wachsen, die in der Umgegend von Parma bußepredigend Städte und Dörfer durchwanderten und zum völligen Verzicht auf allen Besitz und alle irdischen Freuden ermahnten. Es waren die ersten Anhänger Gerardo Segarellis, die umherziehend seine Lehren verbreiteten.

Gerardo stammte aus ärmlichen Verhältnissen und nährte sich in Parma von einem Handwerk. Wissen, gelehrte Bildung waren ihm unzugängliche Dinge. Aber es bedurfte auch keinerlei Gelehrsamkeit, um den Verfall der Kirche, die Sittenlosigkeit und Unwahrhaftigkeit des Klerus zu erkennen — um zu sehen, welche Kluft zwischen den Worten der Geistlichen und ihrem Leben, ihrem Tun lag. Einmal zu dieser Erkenntnis gelangt, tat Gerardo auch noch den nächsten Schritt. Durch die Bibel mit dem Leben und Lehren der ersten Apostel vertraut, kam er zu der Ueberzeugung, jeder wahrhaftige Christ müsse gleich den ersten Aposteln ein Leben in völliger Bedürfnislosigkeit, in Armut und strenger Gleichheit mit seinen Brüdern führen. —

In der Zeit, da Gedanken dieser Art sich in Gerardos Sinn zu regen begannen, hielt er noch die Franziskanermönche für die wahren Nachfolger der ersten Apostel. Er bat die in Parma anwesenden Brüder um Aufnahme in ihren Orden — sie wurde ihm verweigert. Die biedereren Mönche mochten in Gerardos warmherzigen und schwärmerischen Sinn Gefahr, Keime neuen Lebens wittern. Doch gerade die Einsamkeit, in die sie Gerardo zurückstießen, trieb jenen zu weiterem Grübeln. Es wuchs in ihm die Ueberzeugung, er sei berufen, die verdorbene Welt zu der Frömmigkeit der erste Christen zurückzuführen. Und Gerardo blieb nicht beim bloßen Träumen. In einen langen weißen Rock aus grobem Tuche gekleidet, mit einem Strick geschürzt, in Socken und unbedeckten Hauptes — so wie er die zwölf Apostel in der Franziskanerkirche abgebildet gesehen — zog er durch das Land. Auf dem Marktplatz zu Parma warf er das Geld, das ihm der Verkauf seines kleinen Häuschens eingebracht hatte, unter das Volk. Er wollte sich nur noch von dem nähren, was Liebe und Mitleid anderer Menschen ihm gaben.

Lange blieb Gerardo ganz allein. Doch um 1263 hören wir von seinen ersten Anhängern. Bald hat sich eine Gruppe von etwa 30 Menschen fest mit ihm verbunden.

In Faenza, einem kleinen Städtchen der Romagna, schließen sich ein Teil der Apostelbrüder zu einer Gemeinde zusammen. Daß es hier und nicht in Parma zuerst zu einer solchen Organisation kam, lag wahrscheinlich daran, daß die Gefahr der Verfolgung durch eifrige Bischöfe und fleißige Kegerforscher — die Spigel des Mittelalters — hier geringer war. Während vieler Jahre soll Gerardo Vorsteher dieser Gemeinde gewesen sein. Doch war er als solcher nur berechtigt, für die Aufrechterhaltung der von allen Brüdern anerkannten Regeln zu sorgen.

Ueber das Leben der Brüder erzählt Mosheim (Versuch einer unparteiischen und gründlichen Kegergeschichte): „Sie hießen sich alle untereinander, nach der Weise der ersten Christen, Brüder und Schwestern. Sie lebten in einer strengen Armut und durften weder eigene Häuser, noch Vorrat auf den anderen Morgen, noch etwas, das zur Bequemlichkeit und Gemächlichkeit gehörte, haben. Wenn der Hunger sich bei ihnen regte, sprachen sie den ersten um Speise

an, ohne etwas gewisses zu begehren und aßen ohne Unterschied das, was man ihnen reichen wollte. Die Begüterten, die zu ihnen traten, mußten dem Besitz ihrer Güter entsagen und dieselben dem gemeinschaftlichen Gebrauche der Bruderschaft überlassen. Diese Armut hielten sie für den größten Schmuck ihres Ordens und für das sicherste Zeichen ihrer apostolischen Sendung. Da kann keine Heiligkeit sein, hieß es bei ihnen, wo keine vollkommene Armut ist. Kein Papst kann Sünde vergeben, wo er nicht so heilig und so arm als der Apostel Petrus ist."

Und an einer späteren Stelle: „Das Amt dieser neuen Heiligen war die Predigt der Buße. Sie liefen durch Städte und Dörfer, verkündigten, so wie die ersten Apostel, die Ankunft des Reiches Gottes, und ermahnten die Welt, daß sie Buße tue und dem einbrechenden Gerichte Gottes durch eine völlige Verleugnung aller irdischen Dinge entgegengehen möchte."

Den Widerspruch, der zwischen dem Gebot der völligen Besitzlosigkeit und der Vorschrift liegt, daß die Begüterten ihr Eigentum der Gemeinde abtreten sollen, erklärt Mosheim damit, daß vollständig eigentumslos nur die im Lande umherziehenden Apostel, die wandernden Lehrer, sein konnten, während ihre fest ansässigen Anhänger, die Brüder, in einer kommunistischen Gemeinschaft miteinander lebten.

In ihren Lehren stellten sich die Apostel durchaus in keinen grundsätzlichen Gegensatz zu der Kirche — sie bekämpften nicht ihre Existenz, sondern nur ihre Existenzformen — sie predigten dringlichst ihre Reform, ihre Wiederherstellung in der alten Armut und Reinheit.

Bei der Verbreitung ihrer Lehren, in ihrer agitatorischen Tätigkeit mußten sie — in steter Furcht vor Verfolgung und Unterdrückung — mit der größten Vorsicht zu Werke gehen. Sie pflegten mit allgemeinen Klagen über Bischöfe, Geistliche und Mönche zu beginnen — Klagen, die damals in aller Munde, ohne besondere Gefahr ausgesprochen werden durften, da die Verdorbenheit des Clerus fast jedem bekannt und gleichermaßen unlieb war. Fanden sie soweit Beifall, so gingen sie weiter — sie zeichneten die Kirche, einst die Braut Christi, als die große Hure, die Sünden der Geistlichkeit als die Ursache des Verfalls ihrer Macht. Sie verglichen den schwelgenden Reichtum, in dem Bischöfe und Mönche lebten, mit der Armut der ersten Apostel. Und wenn sie fühlten, daß sie auch jetzt noch die Zustimmung ihrer Hörer fanden, so gingen sie auf ihr Ziel los, zogen die Schlüsse aus dem bisher Gesagten: sie sprachen aus, daß eine Erneuerung der Kirche notwendig sei, daß sie die Werkzeuge seien, die diese vollbringen sollen. In dieser Weise gingen die Apostel gewöhnlich vor, wenn sie ihrer Lehre neue Anhänger, ihrer Bewegung neue Kämpfer zu gewinnen suchten. Wie jede Bewegung, blieb auch die der Apostelbrüder von ernster Verfolgung verschont, von systematischer Unterdrückung frei, solange sie noch keine Macht darstellte, mit der die Kirche zu rechnen hatte, solange ihre Anhängerschaft noch gering war. So hatte sie etwa 25 Jahre Zeit, sich auszubreiten. Italien, besonders in seinen nördlichen Teilen, wurde stark von ihr ergriffen. Aber die Brüder begnügten sich nicht damit, nur innerhalb Italiens zu wirken. Ihre Gesandten zogen in alle Teile der Welt; bestimmtere Nachrichten über ihre Tätigkeit sind aus Deutschland, Frankreich und Spanien vorhanden.

Da die Bewegung so stetig weiter um sich griff, ist es nur natürlich, daß die Kirche ihr Augenmerk auf sie richtete. 1280 wird Gerardo zum ersten Mal von dem Bischof in Parma ins Gefängnis geworfen und dann 6 Jahre lang im bischöflichen Palast gehalten, da der fromme Herr in ihm keinen Verbrecher, sondern nur einen einfältigen Schwärmer sah, der in Freiheit gelassen, das Volk mit seiner Narrheit anzustecken drohte. Während dieser Jahre wurden

mehrere Anhänger Gerardos ergriffen. Bei ihrem Verhör erfuhren die Geistlichen mehr als von Gerardo selbst über seine Lehren und berichteten dem Papst darüber. Gerardo wurde 1286 aus Parma ausgewiesen. In demselben Jahre verbietet der Papst Honorius der Vierte den Apostelorden, doch ist die erste Bulle noch in einem recht milden Ton gehalten. Er sieht hier in den Brüdern noch verlorene Söhne der Kirche — noch keine gottlosen Keger, die man den geistlichen Gerichten überliefern muß. Dennoch beginnen schon zu dieser Zeit die genaue Beobachtung und die ersten Verfolgungen der Apostelbrüder, wir hören von den ersten Verhören, denen sie durch übereifrige Kegerforscher unterzogen werden — aber diese Mäße vermögen das Wachstum der Bewegung nicht zu hindern — täglich gewinnen die Apostelbrüder neue Anhänger. Gerardo wurde mehrmals festgenommen, jedoch immer wieder frei gelassen. 1290 erklärt der neue Papst eine zweite Bulle wider die Brüder, die jedoch noch in dem gleichen Sinne wie die erste gehalten ist. Noch hat die hohe Geistlichkeit ihren Gegner nicht durchschaut; noch sieht sie in ihm nur das unzufriedene Kind. Sie erkannte noch nicht das umstürzlerische Element in den Lehren der Brüder. Doch waren es nur die Päpste, die dank ihrem mangelnden Scharfblick die Bruderschaft so milde beurteilten. Bischöfe und Kegerforscher beginnen eine hartnäckige Verfolgung der Apostel. Und je weiter ihre Lehren und Ansichten in das Volk drangen, desto eifriger spürten jene ihnen nach, desto gejagter und ruheloser waren die Apostel überall.

In Parma waren die Kegerforscher besonders reger. So wurden hier im Jahre 1294 zwei Brüder und zwei Schwestern dem geistlichen Gericht übergeben und verbrannt. Gerardo, der damals trotz der bischöflichen Verbote in Parma geheim predigend umherzog, wurde von den Dominikanern entdeckt und gefangen genommen. Zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurteilt, finden wir ihn dennoch schon 6 Jahre später vor ein neues geistliches Gericht gestellt — ob er in der Zwischenzeit freigelassen oder entflohen war, ist unbekannt — und einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen. Gerardo bekennt sich zum Rückfall in die Ketzerei. Das weltliche Gericht, dem er übergeben wurde, spricht das Todesurteil aus. Im Juli 1300 wird Gerardo, „der zurückgefallene Keger“, öffentlich auf einem Scheiterhaufen verbrannt.

Segarelli, der einfältige Schwärmer, war seinen Träumen, seinem Glauben bis in den Tod getreu geblieben. Er hatte ein Leben lang aller Verfolgung, aller Not zum Trotz, in Reinheit und Armut für ihre Verwirklichung gekämpft.

Sein Tod konnte eine vorübergehende Niedergeschlagenheit und Kampfesmüdigkeit auslösen — noch vermochten keine harte Verfolgung, keine Scheiterhaufen, die als Warnung für das unruhige Volk immer zahlreicher in den oberitalienischen Städten aufstammten, die Bewegung zu unterdrücken. Gerardo, der Kämpfer, fand den Flammentod, aber sein Leben hatte Frucht getragen. Er hatte die Augen aller Unzufriedenen, aller Bedrängten und Armen auf die große Ausbeuterin und Unterdrückerin gelenkt — er hatte begonnen, die proletarischen Elemente im Volk zum Kampf gegen die Kirche zu sammeln.

L. K.

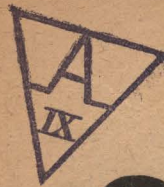
Zeugen und Rufer.

Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz. Marx: Das Kapital (1866).

Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden.

Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte (1852).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 7

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 17. Februar 1917

Einzel-Nummer 15 Bfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Bfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Biegen oder Brechen	Seite 49
Unterm eigenen Banner	50
Zur Frage der Einheitschule. Von N. Krupski	52
Aus unserm politischen Tagebuch	54
Feuilleton:	
Zum Studium des Sozialismus	55

Biegen oder Brechen.

„Also setzen wir alles ein, um alles zu gewinnen.“
Graf v. Reventlow am 1. Februar 1917.

Deutschland erklärte den verschärften U-Bootkrieg. Wogegen sich Bethmann-Hollweg über ein Jahr lang gesträubt hat, ist Tatsache geworden. Das ist kein Sieg einer militärischen Richtung, es ist ein Sieg eines politischen Lagers. Bethmann-Hollweg war Gegner des unbeschränkten Unterseebootkrieges nicht aus moralischen Gründen, sondern weil er für die Zukunft eine Verständigung mit England suchte, nach dem Programm, das ein Regierungspublizist, Dr. Plehn, im Jahre 1913 im Titel einer anonymen Broschüre zusammenfaßte: Weltpolitik und Kleinkrieg. Der deutsche Imperialismus sollte durch ein Kompromiß mit dem Englands seinen Teil an der Weltbeute erhalten.

Mag die Ausführung dieser Idee bei Plehn auf sein persönliches Konto fallen — er plädierte für rein wirtschaftliche Betätigung in der Türkei, dagegen wollte er die machtpolitischen Ziele Deutschlands in einem großen zentralafrikanischen Reiche verwirklichen — der Grundgedanke der Broschüre gab den Standpunkt Bethmann-Hollwegs, Rizinowskys und Sagows. Aus diesem Bestreben nach einem Zusammengehen mit England waren die vorderasiatischen und zentralafrikanischen Abkommen vom Frühjahr 1914 geboren, durch die der Krieg einen Strich gemacht hat. Der deutsche Imperialismus sollte die Vormacht auf dem Kontinent werden, und die kontinentale Vormacht sollte mit dem Inselreiche als Gleicher mit Gleichem die Geschicke Asiens und Afrikas leiten, den anderen in diesen Weltteilen kleinere Anteile zumessen. Dem Koloß in Amerika sollte sein Kontinent untertan sein. Aber England, das vor dem Kriege kein nennenswertes Landheer besaß, fürchtete den Ausgang der Teilhaberschaft mit einer Macht, die zugleich erstklassige Land- und Seemacht ist. Darum wartete England nicht ab, bis Deutschland mit Frankreich und Rußland fertig wird, um erst bei den Friedensverhandlungen das Zinglein an der Wage zu bilden, sondern es warf sein Schwert sofort in die Wage.

Die 160 000 Mann des englischen Expeditionskorps halfen Frankreich an der Marne die deutschen Sturmkolonnen aufhalten. Der Weltkrieg trat in die Aera des Schützengrabenkrieges. Nur im Osten und Südosten gelang es den deutschen Truppen, immer wieder zur Offensive überzugehen, im Bewegungskriege den Feind vor sich her zu jagen. Im Westen bewies der Krieg, wie schwer es ist, moderne große Nationen niederzuschlagen: nicht nur die Deutschen konnten nicht die französischen-englischen Linien durchbrechen, sondern auch die Engländer und Franzosen nicht die deutschen. Daraus zog die deutsche Regierung ihre Schlüsse. Sie vermied es durch den verschärften U-Bootkrieg sich den Weg zur Wiederaufnahme ihrer alten Politik zu versperrern.

Der deutsche Imperialismus ist bereit, auf den Versuch jeder Minderung der Macht des französischen und englischen Imperialismus für die Anerkennung seines Rechtes auf Erschließung ganz Vorderasiens durch das zu bildende Mitteleuropa zu verzichten. Aber eben weil er in 31 Kriegsmonaten der Welt eine ungeahnte Macht vordemonstriert hat, wollen seine Gegner auf einen Halbpart nicht eingehen. Selbst wenn Deutschland Belgien und Nordfrankreich räumt, ja auf Elsaß-Lothringen verzichtet, würde es nach dem Ausbau Mitteleuropas und seiner Verbindung mit der Türkei eine immer wachsende Kraft entfalten, die schließlich dem englischen Imperialismus die Rippen einstoßen würde, — schrieb der „New Statesman“, das Organ der Fabier.

Die Teilung der imperialistischen Beute wurde abgelehnt. Die Ideen der Tirpitzfronde, die von vornherein eine imperialistische deutsche Politik mit englischer Zustimmung für eine Utopie hielt, siegen, die Brücken nach England würden abgebrochen, der unbeschränkte Unterseebootkrieg wurde proklamiert.

Herr Bethmann-Hollweg widersetzte sich dem unbeschränkten Unterseebootkrieg auch aus Rücksicht auf die Vereinigten Staaten Nordamerikas. Dieser kapitalistische Koloß, der in dem Weltkrieg das in Strömen dahinfließende Blut Europas in sechs Milliarden Dollar nur einmaliger Kriegsgewinne verwandelt hat, stellt eine zu große Macht dar, als daß man sich leichtfinnig seine Gegnerschaft in noch größerem Maße auf den Hals laden möchte, als es bisher der Fall war. Der Bruch mit den Vereinigten Staaten bedeutet, daß erstens die besten deutschen Handels- und Passagierschiffe, die sich in den amerikanischen Häfen befinden, konfisziert werden und beim Friedensschluß, wo der Kampf um den Frachtraum